

Krafaauer Zeitung.

Nr. 173.

Samstag den 30. Juli

1864.

Die „Krafaauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafaau 3 fl., mit Veränderung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Petitzeile 6 Nkr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Hand-Schreiben vom 20. Juli d. J. den k. k. Feldmarschall-Lieutenant und commandirenden General in Siebenbürgen, Wilhelm Albrecht Grafen Montenuovo sammt seinen ehelichen Nachkommen beiderlei Geschlechtes in den erblichen Fürstenthum des österreichischen Kaiserthums allergnädigt zu erheben geruht.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Entschließen vom 24. Juli d. J. dem Obersten bei der oberösterreichischen Grundbesitzabtheilungs- und Regulierungslandescommission, Statthaltersecretär Joseph Gschäfer, den Titel und Rang eines Statthaltersecretärs allergnädigt zu verleihen geruht.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Der Generalmajor Joseph Freiherr Dormus v. Kilianshausen wird in den Dispositionsstand versetzt.

Ernennungen:

Der Oberst und Commandant des Infanterie-Regiments Prinz Gustav Waza Nr. 60, Andreas Wariassy de Markus & Wazsfa, zum Generalmajor und Truppen-Brigadier;
Der Major, Friedrich Ritter v. Friesz, des Infanterie-Regiments Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen Nr. 20, zum Oberstlieutenant, und
Der Hauptmann erster Classe desselben Regiments, Hugo Freiherr v. Harisch, zum Major in diesem Regimente.

Uebertragungen:

Der Oberst und Commandant des Uhlanen-Regiments Fürst Schwarzenberg Nr. 2, Friedrich Graf Schaaffgotsche, zum Uhlanen-Regimente Graf Wallmoden-Gimborn Nr. 5;
Der Oberst und Commandant des Uhlanen-Regiments Graf Wallmoden-Gimborn Nr. 5, Julius Flus Edler v. Feidenleu, zum Uhlanen-Regimente Fürst Schwarzenberg Nr. 2;
Der Oberstlieutenant, Johann Freiherr v. Baillon, vom Uhlanen-Regimente Fürst Schwarzenberg Nr. 2, zum Uhlanen-Regimente Erzherzog Carl Nr. 3, und
Der Oberstlieutenant, Carl Selan, vom Uhlanen-Regimente Erzherzog Carl Nr. 3, zum Uhlanen-Regimente Fürst Schwarzenberg Nr. 2.

Verteilung:

Dem Hauptmann erster Classe, Eduard Jeurich Ritter von der Presse, des Infanterie-Regiments, Majorscharakter ad honores.

Penfionirung:

Dem Hauptmann erster Classe, Ferdinand Ritter v. Luerwald, des Infanterie-Regiments Graf Hartmann Nr. 9, mit Majorscharakter ad honores.

Das Justizministerium hat den Gerichts-Adjuncten des Kreisgerichtes in Bistec, Friedrich Lauscher, zum provisorischen Staatsanwalts-Substituten mit dem Charakter eines Staatssecretärs daselbst ernannt.

Das Justizministerium hat die erledigte Stelle eines Landrats- und Grundbuchdirectors bei dem Landesgerichte Graz dem bisherigen Directions-Adjuncten, Johann Weber, verliehen.

Die königlich ungarische Hofkanzlei hat den Supplenten am Kaiser Gymnasium, Mathias Holub, zum wirklichen Lehrer an derselben bekräftigt ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafaau, 30. Juli.

Eine Conferenzsitzung hat, wie erwähnt, vorgestern nicht stattgefunden. Was über den Stand der Dinge verlautet, schreibt die „Presse“, ist geeignet, die Wichtigkeit unserer bisherigen Auffassung vollkommen zu bestätigen. Die dänischen Bevollmächtigten, welche früher das Nationalitäts-Princip stark betonten, scheinen neuerlich sich dem Standpunkte, auf welchem sich die Bevollmächtigten der deutschen Großmächte befinden, merklich genähert zu haben. Man darf vielleicht im Allgemeinen annehmen, daß heute bereits eine Art grundsätzlichen Einverständnisses zwischen beiden Theilen besteht, während man dänischerseits noch den Versuch macht, in den Detailfragen, und unbeschadet der principiellen Anerkennung des deutschen Standpunktes, Zugeständnisse für Dänemark zu erwirken. Die dänischen Bevollmächtigten sollen insbesondere mit allem Nachdrucke dahin dringen, daß die am Sonntag ablaufende Waffenruhe sofort, möge erzielt sein oder nicht, in einen förmlichen Waffenstillstand übergehe. Die „Presse“ hofft, daß Desterreich und Preußen in ihrem und Deutschlands wohlverstandenen Interesse diese Zumuthung mit Entschiedenheit ablehnen werden.

Eine tel. Depesche der „Schl. Ztg.“ aus Wien, 28. Juli, Abends, meldet: Wegen Einholung von Instructionen ist heute die Conferenz ausgefallen. Die Vertreter Dänemarks haben, indem sie eine Theilung Nord-Schleswigs verlangten, den Nationalitätspunkt betreten. Heute Nachmittag fand ein über die Zukunft der österreichisch-preussischen Allianz entscheidender Ministerrath statt.

Ueber die am 25. d. stattgehabten Vorbesprechungen der Conferenzmitglieder vernimmt ein Wiener Corr. der „Schl. Z.“, daß nachdem von allen Seiten die Vollmachten vorgelegt worden waren, die dänischen Bevollmächtigten von dem Vorsitzenden der Conferenz, Grafen Rechberg, eingeladen wurden, über die Gränzen ihrer Vollmachten geeignete

Ausschlüsse zu geben. Herr v. Duquade soll hierauf auf die Idee der Theilung Schleswigs nach den Nationalitäten zurückgekommen sein. Rückfichtlich Lauenburgs, schloß er Mangel an Instructionen vor. Nach einer anderen Wiener Corr. der „Schl. Z.“ haben die dänischen Bevollmächtigten gar keine Instruction erhalten. Es läßt dies eine Deutung im bösen, wie im guten Sinne zu; denn bedeutet es, daß die Bevollmächtigten mit unumschränkter Vollmacht versehen sind, so dürfte man annehmen, daß sie der Genehmigung ihrer Zugeständnisse, mit denen sie übrigens sehr haushälterisch sein sollen, von Seiten der Kopenhagener Regierung im vorhinein gewiß sind. Andererseits könnte man vermuthen, daß der Mangel einer bestimmten Instruction im Laufe der Verhandlungen Schwierigkeiten bieten werde.

Nach französischen Blättern wären zunächst drei Punkte Gegenstand der Wiener Verhandlungen: 1) Die Ueberlassung Alsens und der jütischen Enklaven an Dänemark. 2) Die sofortige Räumung Jütlands nach Aufstellung der Friedenspräliminarien. 3) Die Uebernahme der Kriegskosten von Seite der losgetrennten Herzogthümer.

Nach der officiellen Neuen Hannoverschen Zeitung sollen die Grundzüge des Arrangements, welches in Wien dem dänischen Bevollmächtigten vorgelegt wurde, folgende sein: Desterreich und Preußen sind völlig damit einverstanden, daß wenn Dänemark nicht unumwunden den Herzogthümern mit Zugerechnung Lauenburgs entsagt, weder von Frieden noch auch nur von einer Verlängerung der Waffenruhe die Rede sein könne. Dänemark soll Holstein an den deutschen Bund zurückstellen, Schleswig aber an die beiden deutschen Großmächte abtreten; der Bund, welcher über die Successionsfrage entscheidet, hat sodann den Herzog von Holstein einzusetzen, dem hierauf die beiden Großmächte Schleswig übertragen. Lauenburg wird an den Herzog von Schleswig-Holstein abgetreten und Dänemark erhält dafür zum Entgelt den Erlaß der Kriegskosten, deren Rest, nachdem Preußen auf die Erstattung eines Viertel seines Ausgaben und Desterreich auf die der Hälfte der selben verzichtet, die drei Herzogthümer als Preis für ihre Befreiung vom dänischen Joch den beiden Großmächten zu entrichten haben werden. Diese Vorschläge der Allirten sollen als Ultimatum anzufassen sein.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt in ihrem Leitartikel vom 28. d., Preußen und Desterreich sähen nur in der Abtretung der Herzogthümer eine Garantie gegen die Wiederkehr der Gewaltthatigkeiten, und weist ferner den Gedanken der Kopenhagener Blätter, als beste eine Solidarität zwischen dem preussischen und dem jetzigen dänischen Cabinet, weil beide anti-revolutionär seien, entschieden zurück.

Die „Provinzial-Correspondenz“ (Organ des kgl. preussischen Ministeriums) schreibt über die Wiener Conferenz: Die Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden haben in Wien nach einer Vorbesprechung am 25. Tags darauf begonnen. Der dänischen Regierung waren die Grundlagen, auf welchen Desterreich und Preußen zu verhandeln geneigt seien, vorher in bestimmtester Weise mitgetheilt worden; man hat nach den bisherigen Anzeichen allen Grund, anzunehmen, daß Dänemark die Nothwendigkeit erkannt hat, auf die gestellten Bedingungen in Wesentlichem einzugehen. Die vollständige Einigkeit Preußens und Desterreichs in Bezug auf die weitere Lösung der schleswig-holsteinischen Frage gibt nach wie vor die beste Bürgschaft für deren glückliche Durchführung. Alle Versuche, das Einverständnis der beiden Großmächte in Frage zu stellen, werden Tag für Tag durch die Thatfachen widerlegt. Manche Blätter bemühen sich, eine neue Einmischung des Auslandes in Aussicht zu stellen; doch beruhen die bezüglichen Angaben auf bloßer Vermuthung und Erfindung. Es ist sehr wahrscheinlich, daß eine Verständigung über die Friedensgrundlagen in soweit erreicht sein wird, um zum Abschluß eines längeren Waffenstillstandes schreiten zu können.

Der „N.Y.Z.“ schreibt man aus Paris vom 27. d.: Ich bemerkte Ihnen gestern, daß sich nur noch Wenige in unseren officiellen Kreisen mit der Hoffnung schmeicheln, es werde vermittelt einer nachträglichen Gränzberichtigung die Rückgabe eines Theils des nördlichen Schleswigs an Dänemark bewerkstelligt werden. Heute erfahre ich, daß die hier eingelaufenen Nachrichten aus Wien und Berlin nicht dazu angethan sind, solche Hoffnung zu rechtfertigen. Es steht jetzt nämlich ganz fest, daß die beiden deutschen Mächte seit entschlossen sind, die vollständige Lostrennung der drei Herzogthümer (Holstein, Schleswig und Lauenburg) zu erheischen und daß sie keinen Unterschied der Bedingungen für eins derselben machen.

Erst vor einigen Tagen wieder, schreibt ein Paris. Cor-

respond. der „Presse“, ist ein direct an den Kaiser Napoleon gerichtetes Schreiben des Freiherrn v. Beust in Bichy eingetroffen. Da auch König Christian bei dem französischen Monarchen angeklopft, so hat dieser die Wahl, im Namen des ferngehaltenen deutschen Bundes oder des majorisirten Dänemark gegen die Existenz der Wiener Unterhandlungen Einsprache zu erheben. Allem Anschein nach neigt er auf die dänische Seite, welche ihm die Erkenntlichkeit Englands und den Beifall der öffentlichen Meinung im eigenen Land zum Lohn verheißt; doch schloß dies noch keineswegs aus, daß der Herzog von Grammont auch für die gekränkten Rechte des deutschen Bundes einige im Munde eines französischen Diplomaten allerdings unvermeidlich komische Worte fände. Die englischen Staatsmänner affectiren inzwischen hier und in Wien und Berlin, eine Gleichgiltigkeit gegen den weiteren Verlauf der Sache, welche offenbar darauf berechnet ist, die französischen Interventionsgelüste zu ermutigen.

Die „S. R.“ wollen aus nicht gewöhnlicher Quelle stammende Mittheilungen erhalten haben über den Inhalt der Broschüre, die Napoleon selbst arbeitet und die bestimmt ist, eine neue Phase in der Politik einzuleiten. Nachstehend die Skizze der Broschüre: Der kaiserliche Vampheletist bemüht sich zunächst darzutun, daß der Rechtsboden Europas erschüttert sei. Das alte geschriebene legitime Recht habe aufgehört in Geltung zu sein; das Recht der Verträge bestehe nicht mehr — es werde jeden Augenblick verlegt, geschändet und mit Füßen getreten. Das neue Recht, das Recht der Zukunft welches die Souveränität des Individuums auf die Völker ausdehnt und im Auftrage universell und im Princip der Nationalität gipfle, sei weder allgemein anerkannt, noch zur Durchführung reif. Dem Zwischenstande, diesem Interregnum, müsse aber ein Ende gemacht werden, wolle man anders die Stabilität der europäischen Verhältnisse nicht hantlos werden und ganz verloren geben sehen. Man müsse also darnach trachten, ein neues Bindemittel, einen Kitt zu finden, der das zu erlegen geeignet wäre, was dem legitimen Rechte bisher das sogenannte „europäische Gleichgewicht“ gewesen. Als ein solcher Kitt biete sich nun das „diplomatische Recht“ dar, ein Uebergang aus dem alten in den neuen Zustand, das allerdings nur auf einem Congreß festzustellen und mit gegenseitigen Opfern zu erlangen sei. Das Caeterum censeo aus dieser Broschüre ist daher der allgemeine Congreß. Die „France“ dementirt das Gerücht von dem bevorstehenden Erscheinen einer halbofficiellen Broschüre.

Die Beziehungen Frankreichs zu Rußland, schreibt ein Pariser Correspondent des „Votchafter“, sind in der letzten Zeit bis auf den Gekrierpunkt herabgesunken und in derselben Temperatur sucht man auch die Beziehungen Italiens zu dem Czarenreiche zu erhalten, welches erstere auch bereitwilligt in die Fußstapfen Frankreichs tritt. Denn man sieht in Turin wohl ein, daß wenn es wieder zu einem Conflict mit Rußland kommen sollte, Italien hiebei eine nicht unwichtige Rolle zufallen würde. In der That wäre dies die einzige Art, auf welche der Kaiser das thätendurstige Königreich Italien beschäftigen wissen möchte, denn weder zu einer Unternehmung gegen Desterreich, noch gegen Rom würde er gerne die Hand bieten, wie sehr er auch in dieser Richtung bestimmt wird. Eine neue Mahnung von dort bedeutet z. B. der angekündigte Besuch des Generals Menabrea in Bichy. Was die Mißstimmung des Kaisers gegen Rußland anbelangt, so gibt man derselben offenen Ausdruck und findet auch unsere Agenten im Ausland in diesem Sinn instruiert. So sind z. B. die Vertreter Frankreichs an den kleineren deutschen Höfen angewiesen, gegen Rußland zu agitiren, und besonders auf die sich für Deutschland ergebende Nothwendigkeit der Zurückdrängung Rußlands nach dem Osten und der Herstellung solcher Machtgebiete an den Gränzen nordischen Colosses zu paralytisiren geeignet sind, worunter man hier natürlich „Polen“ und das „rumänische Zukunftreich“ versteht. In der That geht aus den Berichten der Agenten hervor, daß man in Deutschland diesen Anschauungen sehr zugänglich sei. Nur unser Vertreter in Stuttgart soll berichtet haben, daß seit dem Thronwechsel, während früher der französische Einfluß in Folge der verwandtschaftlichen Bande am württembergischen Hof sehr mächtig gewesen, jetzt der Hof von dem russischen Einfluß förmlich beherrscht werde, den die Königin Olga geltend mache. Als Gradmesser für die Erhaltung des russisch-französischen Verhältnisses können sie die Thatfache betrachten, daß Fürst Gortschakoff, der sich von Rissingen aus hierher begeben wollte, von hier den vertraulichen Wink erhielt, daß er vom Kaiser in Bichy kaum empfangen werden dürfte. Der Herzog von Montebello erhielt

die Weisung, die Rückkehr auf seinen Gesandtschaftsposten zu vertagen. Der Bruder desselben, der in Rom commandirende General Montebello, wird dieser Tage hier erwartet. Wie der Herzog von Montebello, zögert auch der Marquis Depolt, entsprechend der Eingang erwähnten Stimmung, mit seiner Rückkehr nach Petersburg.

Aus London wird gemeldet, daß vom Austritt Lord Russell's aus dem Ministerium, der eine zeitlang für wünschenswerth und möglich gehalten wurde, nicht mehr die Rede ist.

Nach der „Bair. Ztg.“ haben wir gemeldet, daß die Ergebnisse der Zoll-Conferenz die Genehmigung der sämmtlich dabei vertretenen Regierungen bereits erhalten haben. Der Wiener Corr. der „N. Z.“ darf die Thatfache constatiren, daß man in Berlin festgestellt hat, mit den Münchener Conferenz-Staaten gar nicht über ihre Propositionen verhandeln zu wollen, sondern einfach den 1. October als den Termin eines bedingungslosen Beitritts zum Berliner Vertrag (über die Erneuerung des Zollvereins) festzuhalten.

Die königl. hannoversche Regierung hat eine Genugthuung für die ihren Truppen in Folge der Besetzung Rendsburgs durch eine preussische Brigade widerfahrne Ehrenkränkung beantragt. Dieselbe soll darin bestehen, daß den Hannoveranern die Mitbesetzung Rendsburgs wieder gestattet werde. Dies gibt der „N.Y.Z.“ Veranlassung darauf hinzuweisen, daß es der sächsisch-hannoversche Ober-Commandant der Executionstruppen selbst gewesen, der diese Mitbesetzung unter Protest gegen Preußen einstweilen aufgegeben und daß die Bundesversammlung diese Maßnahme mit angeordnet und gebilligt hat. Gerade durch diese Zurückziehen der sächsisch-hannoverschen Truppen unter Protest sei die von militärischer Nothwendigkeit gebotene Maßregel Sr. Königl. Hoh. des Prinzen Friedrich Carl, welcher eine Räumung Rendsburgs von Seiten der Executionstruppen gar nicht verlangt, zu einem feindlichen Act gegen den Bund gestempelt worden. Und doch, meint die „N. Y. Z.“, konnte über ihren Zweck und Charakter nicht der leiseste Zweifel obwalten. Nachdem die Soldateneresse mehrere Tage gedauert, ohne daß ihnen das dortige Commando der Executionstruppen ein Ziel zu setzen und die Garantie für die Sicherheit der preussischen Truppen und Lazareth zu gewähren im Stande gewesen, war es für Preußen unabwieslich, diese Garantie dadurch zu erlangen, daß man durch eine starke eigene Besatzung der dortigen Zustände Meister wurde. Se. fgl. Hoh. der Prinz Friedrich Carl, wir wiederholen es, verlangte das Zurückziehen der sächsisch-hannoverschen Executionstruppen aus Rendsburg nicht, obwohl sogar die dortige Civil-Polizeibehörde selbst den Wechsel, namentlich der hannoverschen Truppen, der Landesregierung als wünschenswerth bezeichnete. Wenn also das Obercommando der Executionstruppen die Zurückziehung derselben anordnete, so werden die Motive gewiß mit darin gelegen haben, daß man nicht sicher war, auf andere Weise gefährlichen Zusammenstößen vorzubeugen. Preußen muß selbst den Schein ablehnen, daß durch seine verstärkte Besetzung in Rendsburg das Hinausdrängen der sächsisch-hannoverschen Truppen beabsichtigt war; ein Schein, welcher durch den Bundes-Protest leider mit hervorgerufen und verstärkt worden ist. Nichts kann aber Preußen, nachdem seine eigenen Truppen in Rendsburg gesichert sind, ferner liegen, als der Rückkehr jener Besatzung der Executionstruppen zu widersprechen, wenn sie von deren Obercommando, welches ihren Ausmarsch befohlen, wieder angeordnet ist.

Aehnliches schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Hannover hat beantragt, als Genugthuung Rendsburg mit hannoverschen Truppen wieder zu besetzen. Diese Genugthuung kann Preußen nicht gewähren, da es die Zurückziehung der Truppen aus Rendsburg nicht verlangt hat. Die Besetzung Rendsburgs ist lediglich zur Herstellung eines Schutzes des dortigen schwachen preussischen Detachements und des preussischen Lazarethes, sowie als Garantie gegen die Wiederkehr von Soldaten-Excessen erfolgt, da das Bundesobercommando denselben nicht rasch und energisch genug ein Ziel gesetzt. Die Motive, weshalb die Bundesstruppen Rendsburg geräumt haben, sind verständlich; selbstredend hat Preußen gegen die Rückkehr der Executionstruppen nichts einzuwenden. Der Bundestags-Gesandte gibt in der heute (28.) auf seinen Wunsch anberaumten Bundestagsitzung hierüber eine Erklärung ab.

Ueber die Rendsburger Angelegenheit bemerkt die ministerielle preussische „Prov.-Corresp.“: Für die preussische Regierung war es gewiß sehr peinlich, ge-

gen die hannoverschen Truppen auf jene Weise vorgehen zu müssen, aber die Verantwortlichkeit dafür fällt denen zu, welche diese peinliche Nothwendigkeit herbeigeführt haben. Es liegt der Regierung uneres Königs, welcher von jeher die gewissenhafteste Achtung für die Rechte seiner deutschen Mitfürsten bekundet hat, sicherlich fern, der Ehre und Würde eines deutschen Staates oder dem Ansehen des Bundes zu nahe zu treten. Hoffentlich werden die Verhandlungen, welche einerseits zwischen den militärischen Befehlshabern in den Herzogthümern, andererseits zwischen den betheiligten Regierungen und am Bunde gepflogen werden, bald zu einer Verständigung und zu einer allseitigen Beschwichtigung der Gemüther führen, auf daß die Erfolge, welche Deutschland jetzt durch die Thaten Preußens und Oesterreichs errungen hat, nicht durch inneren Zwiespalt verkümmert werden.

Der Wiener Corr. der „Spek.“ schreibt unter dem 25. Juli: Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß in der vorgestrigen Audienz, welche Kaiser Franz Joseph dem königlich preussischen Minister-Präsidenten ertheilte, von Seite des Kaisers in initiativer Weise die Rendsburger Ereignisse und ihre bisherigen Folgen zur Sprache gebracht wurden, und zwar in einer Weise, die keineswegs einer Billigung des raschen preussischen Vorganges gleichkommen sein soll. Wenn auch diese höchste Meinungsäußerung kaum ohne Eindruck auf Herrn v. Bismarck geblieben sein dürfte, so scheint es doch, daß das preussische Einschreiten in Rendsburg durchaus nicht den kleinsten Schatten auf die austro-preussische Entente werfen soll. Die Kritik, welche Herr v. Bismarck aus dem Munde des Kaisers vernahm, so wie auch der Umstand, daß die gesamte hiesige officöse Presse sich aus Anlaß der Rendsburger Vorfälle gegen Preußen erklärte, sind lauter notwendige diplomatische Momente, um den Weg zu ebnen, welchen Oesterreich bei diesem Incidensfall einschlagen muß. Nachdem schon früher das Wiener Cabinet die Complicität an dem preussischen Vorgange in Dresden, Hannover und Frankfurt officiell desavouiren ließ, mußte das andere noch folgen, um Oesterreich bei den Mittelstaaten nicht im Lichte des Indifferentismus erscheinen zu lassen. Ueber dies hinaus kann Oesterreich nunmehr nichts Anderes thun, als zwischen Preußen und den Mittelstaaten vermitteln, keineswegs aber an dem durch Ereignisse geschaffenen Stande der Dinge viel ändern. Es werden auf diplomatischem Wege durch Oesterreich Aufklärungen zwischen Preußen, Hannover, Sachsen und im Schooße des Bundes vermittelt werden, wodurch Friede und Eintracht zwischen den Bundesgliedern wenigstens äußerlich bis auf Weiteres hergestellt werden dürfte, und Rendsburg in preussischen Händen bleiben wird. Von einer Spannung jedoch, die aus dieser Affaire zwischen Oesterreich und Preußen zurückbleiben könnte, darf nie und nimmermehr die Rede sein, da das österreichisch-preussische Bündniß sich im Laufe der Begebenheiten eine so solide Basis gegeben hat, daß nur ein ganz unerwarteter Situationssturz eintreten müßte, um auch diese zu erschüttern und zu umwälzen. Die Demokratie Deutschlands und selbst der vorgeschrittenere preussische Liberalismus dürfen, wenn im weiteren Verlauf der Dinge einmal die Natur und das Wesen dieser Basis mehr zur öffentlichen Kenntniß gelangt sind, hiervon schwerlich besonders entzückt sein. Dafür aber wird um so größere Befriedigung in den Reihen der Freunde eines wahrhaft mächtigen Deutschlands und eines unantastbaren Oesterreichs herrschen, des Oesterreichs, welches die Allianz Preußens ohne Aussicht auf materiellen Gewinn andern mächtigen Allianzen mit den glänzendsten Perspektiven vorzuziehen sich entschloß.

Krakau, 30. Juli.

Am 25., 26. und 27. d. M. wurden die Jahresabschlussprüfungen an der hiesigen israelitischen Haupt- und Mädchenschule unter dem Vorhänge des Schuldirectors-Inspectors, Sr. Hochw. Herrn Wolek, abgehalten. Der Herr k. k. Statthalter Herr Gezelek-Müller und der Herr k. k. Landeseschulrath Dr. Machar beehrten die Prüfungen mit ihrer Gegenwart und folgten denselben mit sichtlich Befriedigung. Namentlich wohnte der Herr Landeseschulrath allen Prüfungen bei und prüfte selber aus vielen Gegenständen, hauptsächlich aus den Sprachen, eingehend und mit exprobrter Umsicht und Sachkenntniß. Auch andere verehrte und competente Gäste, wie der Herr k. k. Obergymnasial-Director Stawarski, die Herren Directoren der Klöster und k. k. Hauptschulen entsprachen freundlichst der Einladung. Die Israeliten-Gemeinde repräsentirten der ehrwürdige Herr Ober-Rabbiner Schreiber, der Ortschulinspektor und Vorsteher Herr Salomon Deiches, der substituierende Ortschulinspektor Herr A. Gumprowicz u. f. w.

Das Resultat der Prüfungen war im Allgemeinen recht befriedigend. Mit besonderem Beifall wurden die ausgezeichneten Gefangs-Produktionen der Schüler der 4. Klasse aufgenommen; überraschend waren die Leistungen der erst in diesem Jahre probeweise errichteten, von der trefflichen Lehrerin Frau Sommer geleiteten 4. Mädchenklasse. Der stetige Aufschwung dieser beiden vereinigten Lehranstalten läßt sich nicht verkennen.

Die Vertheilung der Prämienbücher gewann an Feierlichkeit durch die gleichzeitige Verlosung von 7 Geldprämien unter die ärmsten und fleißigsten Schulkinder. Dem Herrn Dr. Warschauer und dem Herrn Salomon Deiches ist die Anstalt in dieser Beziehung zu besonderem Dank verpflichtet. Diese beiden Menschenfreunde kamen auch in der Erkenntniß überein, daß man um der Menschheit wahrhaft nützlich zu werden, bei der Jugend anzufangen, ihre gottgefällige Erziehung und praktische Ausbildung fördern müsse. So hat denn auch Herr Dr. Warschauer wie in seinen vorhergehenden Jahren auch heuer 20 fl. öst. Währ. für 4 arme fleißige Schulkinder gespendet, und Herr Sa-

lomon Deiches ein Stipendium von 50 fl. öst. Währ. jährlich für 2 Schüler und eines von 10 fl. öst. Währ. unter dem Namen „Kaiserin Elisabeth Stiftung“ für eine Schülerin gestiftet.

In der nach dieser Vertheilung von einem Schüler gehaltenen kurzen Dankrede wurde nebst dem herzlichsten Danke an die hohe Prüfungs-Commission und an die edlen Wohlthäter auch den Gefühlen der Liebe und Dankbarkeit gegen unsern allverehrten Kaiser, den Allerhöchsten Förderer und Beschützer der Volks- und Bildung in kindlichen Worten Ausdruck verliehen. Zum Schlusse wurde von der gesammten Schulfamilie die Volkshymne abgesungen, deren erhebende Klänge an der Brust aller Anwesenden einen freudigen Wiederhall fanden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 29. Juli.

Ihre Majestät die Kaiserin sind gestern Vormittags von Allerhöchster Reise nach Pöfinghofen wieder in Schönbrunn angekommen. In Salzburg, wo Ihre Majestät um 1 Uhr Nachts angekommen war, wurde sie von Sr. k. Hoheit dem Erzherzog Ludwig Victor auf dem Bahnhof erwartet, und setzte nach dreiwertelstündigem Aufenthalt daselbst ihre Reise hierher fort. Kurze Zeit, bevor Ihre Majestät auf dem Bahnhof in Pöfinghofen anlangte, hatte sich Sr. Majestät der Kaiser eingefunden. Ihre Majestäten begaben sich gemeinschaftlich nach Schönbrunn. Der Kaiser kam später nach Wien und empfing mehrere hohe Persönlichkeiten, unter Anderen den Polizeiminister.

Es verlautet, daß Sr. Majestät der Kaiser demnächst eine Reise nach Wildbad in Württemberg, wo sich die Frau Erzherzogin Sophie befindet, unternehmen werde.

Dem Vernehmen nach hat heute Mittags unter dem Präsidium Sr. Majestät des Kaisers eine Ministerrathssitzung stattgefunden.

Sr. k. Hoheit Erzherzog Leopold ist gestern früh hier eingetroffen.

Die Verlobung der Thronprinzessin Isabel von Brasilien mit dem Erzherzog Ludwig Victor von Oesterreich ist der Deputirten-Versammlung zu Buenos Ayres durch Kaiser Pedro persönlich angezeigt und von dieser die Apanage bewilligt worden; der kaiserliche Palast in St. Christof wird zum Empfange geschmückt und die Vermählung soll im October stattfinden.

Ihre k. Hoheiten der Herr Erzherzog Carl Ferdinand und die Frau Erzherzogin Elisabeth werden im Monat August wieder das Schloß Seelowitz beziehen und es soll daselbst ein freudiges Familienereigniß abgewartet werden.

Hr. v. Bismarck conferirte heute mit dem preussischen Gesandten Baron v. Werther; letzterer empfing im Laufe des Vormittags den hannoverschen Gesandten Baron Stockhausen und den hessischen Gesandten.

Der österreichische Civil-Commissär für Sütländ, Baron Halbhuter von Festschwill, ist am 23. Juli in Randers am Sitz der Commission angekommen.

Der Oberst v. Rauffmann, welcher den Minister ohne Portefeuille, Geheimrath v. Duade nach Wien begleitet hat, ist derselbe, welcher mit dem preussischen Oberlieutenant v. Stiehl zu Christiansfeld die Bedingungen der jetzigen Waffenruhe vereinbarte. Er war bisher Brigadeführer in der activen Armee und als solcher in dem blutigen Treffen von Alsen engagirt. Vor dem Ausbruche des Krieges aber war Oberst von Rauffmann dänischer Militärbefehlshaber am deutschen Bundestage, und noch früher, irren wir nicht in den Jahren 1853-58, durch den vertriebenen Pinneberger Landdrosten, Geheimrath von Scheele, aufgezwungener Curator der Universität und Oberpräsident der Stadt Kiel, so wie Amtmann der hollsteinischen Aemter Kiel, Bordesboln und Grönshagen. Auch jetzt soll Herr v. Scheele, der seit Kurzem wieder in Kopenhagen bei Hofe erscheint, aber wegen seiner großen Unbeliebtheit sowohl in Dänemark, als auch in Schleswig-Holstein nicht wieder ins Staatsleben zurückgeführt werden darf, den Obersten zu der fraglichen politischen Mission empfohlen haben.

Heute wurde der letzte Stein auf der äußersten Spitze des Stephansturms durch den Steinmetzmeister Brandtner und den Hölzbaumeister Schmidt eigenhändig verlegt. Es ist somit der Steinbau vollständig abgeschlossen. Der Stefansthurm wird nun in üblicher Weise mit grünem Reifig, Blumen, Girlanden u. dgl. ausgeschmückt und am Montag den 15. August wird der neue Adler unter großer Feierlichkeit auf der Spitze befestigt werden. Das Abtragen der Baugerüste wird hierauf ohne Verzug beginnen und binnen vier Wochen bewerkstelligt sein.

Hr. Michael Klapp, Feuilletonist der „Dtsch. Post“, erzählt in einem „Eingefendet“ Wiener Blätter, er sei vorigen Montag durch einen „Expres“ in das Hotel zur Ente beschieden worden, wo ihn dem empfangenen Schreiben zufolge eine Sängerin Namens G. Heinz zu sprechen wünschte. An dem bestimmten Orte angelangt, fand sich Hr. Klapp jedoch in Gesellschaft eines Officiers, des mit Charakter quittirten Oberlieutenants v. P., welcher die Thüre verriegelte, nachdem er einem Civilisten im Nebenzimmer die Worte „das ist er“ zugerufen, den Säbel zog und Hr. Klapp, der indeß zu entkommen wußte, mit blanker Waffe bis in die Thür des Hotels verfolgte. Herr Klapp stellt ein solches Verfahren, sich Genugthuung für ein „feuilletonistisches Geschickchen“ zu verschaffen, der Vertheilung der öffentlichen Meinung anheim und erklärt, daß er seine Schritte beim k. k. Vag-Commando wegen gerichtlicher Befolgung des Herrn Oberlieutenants bereits gethan habe. Hierauf veröffentlichte einer der Betheiligten, Herr Oberlieutenant G. Hoffmann in der „Presse“ eine

Erklärung, in welcher er entschieden in Abrede stellt, daß durch die Stadt gleich aber keinesfalls dem der übrigen Gefangenen, man mußte eher auf Escorte eines der gefährlichsten Individuen schließen, wenn man zufällig Zeuge dieses Ereignisses wurde. Damit hatte es aber auch seine eigene Bewandniß und aus sicherer Quelle kann ich Ihnen darüber Folgendes mittheilen: Capitän Hammer erhielt nach seiner Gefangennahme auf Ehrenwort Erlaubniß frei auf Sylt umherzugehen. Die Nachrichten, wonach Hammer auf dem Kanonenboote „Blitz“ unterbracht worden sei, befestigten sich also nicht. Nach kaum gegebenem Ehrenwort machte er denn einen Fluchtversuch, wurde indessen ergriffen und sofort (nach Einigen gefesselt, nach Anderen nicht geschlossen) zu Fuß unter Escorte von zwei Officieren und einem ungarischen Husaren mit gespanntem Diftol nach Rendsburg expedirt, wo er gestern Abends anlangte. Heute Morgen hatte sich die Kunde von seiner Ankunft wie ein Lauffeuer verbreitet und bei Herkunft des ersten Zuges umfand eine große Volksmenge den Bahnhof. Militär war zahlreich vorhanden und viele Polizeidiener hielten die Ordnung aufrecht. Nachdem die Reisenden ausgestiegen waren, wurde das Coupé, worin Hammer saß, geöffnet und derselbe, begleitet von einer starken Escorte in einen Omnibus gebracht. Mit ihm fuhrn zugleich die gefangenen Controlleure des genannten Zollcutters, einige Schiffsjungen, und Matrosen, ein ergrauter alter Seemann und mehrere, wie es hieß, der Spionage verdächtige Individuen. Hammer trug Civilkleider. Es gelang den Dienern der Polizei indessen nicht, das empörte Volk ganz zurückzuhalten. Kaum bewegte sich der Omnibus vorwärts, als ein wüthender Haufe den Pferden in die Zügel fiel. Eine gräßliche Ragenmüß unterbrochen von den Rufen: „Seeräuber!“ „Bampyr!“ u. dgl. begleitete den mit der größten Mühe von der Polizei wieder befreiten Wagen durch die Straßen Altona's und bald war der Volkshaufe zu einem unabsehbaren Menschenhaufen angeschwollen, der sich erst nach und nach auf dem Hamburger Gebiet verließ. Hammer saß während des Transportes zitternd im Wagen. Er ist von mittler Statur und auf seinem Gesicht sind die Spuren der Nothzeit ausgeprägt. Einige wollen wissen, Hammer sei gewöhnlicher Seemann und früher nie Offizier gewesen. Heute weist er, wie man sagt, in sicherm Verwahram auf einer Wache in Hamburg, um von dort weiter befördert zu werden.

Aus München, 26. Juli, wird der „M.Z.“ geschrieben: Ihre Maj. die Kaiserin von Oesterreich verläßt morgen Pöfinghofen, stattet ihrer in Kreuth verweilenden Schwester (Erzprinzessin von Thurn und Taris) einen Besuch ab und setzt sodann die Rückreise nach Wien fort. I. kais. Hoh. die Großfürstin Helene von Rußland (Bitwme des Großfürsten Michael), welche gestern hier eintraf, begibt sich auf die Dauer von vier Wochen nach Ragaz (Schweiz) und wird sodann bis zum Spätherbste in Lindau verweilen. I. k. H. die Großherzogin von Sachsen-Weimar-Eisenach langte heute hier an und reist morgen nach Salzburg ab. — Es wird kein Mittel unversucht gelassen, eine Aenderung im hiesigen Ministerium herbeizuführen. Aus diesem Grunde enthält die „A. Allg. Ztg.“ eine Reclame, die den Staatsrath v. Maurer aus seiner freiwilligen Zurückgezogenheit hervorrufen und als leitenden Minister an die Spitze der auswärtigen Angelegenheiten bringen soll. Staatsrath v. Maurer zählt aber bereits 74 Lebensjahre und denkt wohl nicht mehr daran, ein Portefeuille übernehmen zu wollen. Noch ist kein Ministerstuhl erledigt und es wird auch eine Erledigung nicht so bald zu erwarten sein, wie es von einer Seite gewünscht wird.

Der Berliner Polen-Proceß. (Sitzung am 26. Juli. Schluß.) Der folgende Zeuge ist der Polizeiregistraturassistent Carl Valentin Züttner aus Posen. Derselbe berichtet gleichfalls über die Hausdurchsuchung bei Dziatynski. R. A. Janetzki: Er habe eine Mittheilung zu machen, welche die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen betreffe. Die Vertheidigung habe die Behauptung aufgestellt, daß im Jahre 1858 von der Polizei in Posen eine Verführung in Scene gesetzt wurde und daß in Folge dessen eine Correspondenz stattgefunden habe zwischen dem Polizeipräsidium in Posen und dem revolutionären Comité in London. Das Polizeipräsidium habe einen Brief an das Comité schreiben lassen, welcher mit den Unterschriften verschiedener Bürger aus Posen versehen sei. Diese Unterschriften seien, wie die Vertheidigung behauptet, gefälscht und es werde die Behauptung aufgestellt, daß der Zeuge an diesen Fälschungen theilgenommen habe, namentlich, daß er die eine der Unterschriften selbst unter den Brief gesetzt habe. Er bitte den Zeugen darüber zu befragen. — Staatsanwalt Mittelstedt: Er protestire gegen diese Frage, weil dem Zeugen nicht zugemuthet werden könne, gegen sich selbst auszusagen. Präsident (zum Zeugen): Beantworten Sie diese Frage. Zeuge: Ich kann darauf nicht antworten. Präsident: Warum nicht? Zeuge (verlegen): Ich werde darauf nicht antworten. Rechtsanwalt v. Janetzki: Ich berufe mich auf das Zeugniß des Polizeiraths Niederstetter, in dessen Gegenwart der Zeuge einen der Namen geschrieben hat. Ober-Staatsanwalt Ubelung: Es sei hier das Wort gebraucht worden, die Schriftstücke seien gefälscht, und zwar von der Polizeibehörde in Posen. Er könne dies nicht untersuchen, wolle aber der Ansicht entgegenreten, als habe sich die Polizeibehörde eines schweren Verbrechen schuldig gemacht. Es sei bekannt, daß ein revolutionärer Bund im Lande bestehe, welcher die Absicht hatte, das ehemalige Königreich Polen zu einer Republik umzuschaffen. Es sei also im Ausland ein Verbrechen gegen Preußen beabsichtigt gewesen. Wenn die Polizei im höheren Auftrage Mittel und Wege ergriffen, welche vielleicht von dem Standpunct der strengen Moral nicht ganz zu vertheidigen seien, um dem Verbrechen entgegenzutreten, so könne man noch nicht sagen, daß sie ihre Pflicht verlegt habe. Die Polizei habe eine andere Thätigkeit, als die übrigen Behörden; es müsse der Polizei darauf ankommen, die Entdeckung der Thäter herbeizuführen. Die Polizei könne in ihren Mitteln nicht so wählerisch sein; sie müsse Verbrechen mit gleicher Schaulheit entgegenreten. Rechtsanwalt Ubelung: Im Jahre 1858 war ein Revolutionärsbund in London thätig, eine sogenannte Socialisten-

Deutschland.

Aus Flensburg, 24. Juli, wird der „G. G.“ über die in Rendsburg stattgefundenen Militärereignisse Folgendes als das Ergebnis genauer Erhebungen bei Militär- und Civilpersonen in Rendsburg geschrieben: Excesse haben allerdings in einem bedauerlichen Umfange stattgefunden, namentlich am Montag. Alle diese Kaufereien waren durchaus nicht verschieden von den in allen Garnisonsstädten, namentlich mit gemischter Besatzung, nur zu häufig vorkommenden Reibereien und gelegentlichen Scharmühen. Ja, es wurde mir auf's Bestimmteste versichert, daß sie lange nicht hinreichend an die großartigen Tumulte, welche in derselben Stadt am Schlusse des ersten schleswig-holsteinischen Krieges zwischen den Truppen der beiden deutschen Großmächte stattfanden und oft die ganze Stadt unsicher machten. Auch wurde mir der Nachweis geliefert, daß die Sachen gar nicht beheimlicht, was schon aus dem Grunde wahrscheinlich ist, weil sie erst am Sonnabend eingerückt waren und die Handel schon am Sonntag begannen. Ueber die Sachen war das Urtheil und Zeugniß der Bürgerschaft das ehrenvollste. Die Hannoveraner hatten sich nicht der gleichen Beliebtheit zu erfreuen, doch aber gab man ihnen das Lob, daß vor jenen ungeliebten Schlägereien auf dem Tanzlocale „Schützenhof“ vor dem Reuthore etwas Widriges in dieser Art nicht vorgekommen sei. Sie zogen überdies wegen ihrer mangelhaften Bewaffnung, mit Bajonetten statt mit Infanteriesäbeln, wie sie die Preußen führen, fast in allen diesen Kaufereien entschieden den Kürzeren. Die Lazarethe konnten sehr leicht, in Gefahr gebracht erscheinen, da sie dicht am Reuthore liegen und die Hauptstraße der Neustadt (Neuwert) durch sie hindurchführt. Die Tumulte hätten mit geringer Mühe sich unterdrücken lassen und es hätte nicht eines solchen Nachtaufgebotes bedurft! Wenn einzelne Drohworte gegen die Lazarethe fielen, so waren dies einfache Worte und keine Thaten. Die Bürgerschaft ist noch heute über diese raschen Ereignisse, den jähen Ausbruch der Angelegenheiten sehr betreten und bedauert, daß sie der neuen preussischen Besatzung, auf die sie sich vorher in ganz anderer Erwartung gewissermaßen gefreut hatte, kein freudiges Gesicht zeigen konnte. Der Abzug der Sachsen und Hannoveraner war ein trübseliges, jeden Militär auf's Tiefste ergreifendes Schauspiel. Den Sachsen riefen die auf dem Paradeplatz versammelten Bürger ein herzliches Hurrah zum Abschiede nach. Man versicherte mir, daß die Auffassung des preussischen Commandanten im Kronwerk, Major v. Haake, wesentlichen Antheil an der bekannten Missethat habe, welche daraus von Seiten des Obercommando's der allirten Armee erfolgte.

Wie aus Holsteinisch-Oldenburg, 27. Juli, gemeldet wird, ist die angezeigte Inspektion abbestellt worden; es heißt, weil ein preussischer Prinz zur Vermittlung in Altona eingetroffen ist. (Der sächsische Kriegminister General-Lieutenant v. Rabenhof ist am 27. d. aus Holstein nach Dresden zurückgekehrt.) Nachträglich zu ihrer ausführlichen Schilderung der Expedition des Generals Vogel v. Falkenstein nach Cap Stagen am 20. d., erzählt die „N. V. Z.“, nahmen auf Einladung des Generals an derselben auch der Commandeur des kais. österreichischen Frhr. v. Ramming-Infanterie-Regiments Nr. 72, Oberst v. Abele und dessen Adjutant, Unterlieut. v. Falkenstein, Theil. Sie beide waren es auch, welche die kais. österreichische Flagge bei Stagen aufpflanzten. Aus Aarhus in Jütland wird dänischen Blättern nachträglich berichtet, daß am 18. d. preussische Soldaten die Ueberführung nach der Insel Samso versuchten, jedoch durch Strandung der benutzten Boote an der Ausführung des Planes verhindert wurden. Aus Altona, 23. d. wird geschrieben: „Der heutige Tag bot uns ein seltenes Schauspiel dar: Capitän Hammer, der gefürchtete Dänenheld, der Bampyr der westlichen Inseln Schleswig-Holsteins, kurz vor der Waffenruhe von deutschen Marinekräften gefangen, passirte unsere Stadt. Welche Gefühle mögen bei einem solchen Empfange, wie er ihn hier erlebte, den Mann beschiden haben, der noch vor Kurzem an unbedingtem Gehorsam der Bevölkerung gewöhnt war, und vor dem sich der Geist der eingeschickerten Menge willenlos beugen mußte. Sein Transport

Kundmachung. Erkenntnis.

(786. 1)

Das k. k. Landesgericht in Wien in Strafsachen erkennt Kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt...

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen. Wien, 26. Juli 1864.

Der k. k. Landesgerichts-Vize-Präsident: Schwarz m. p. Der k. k. Rathsecretär: Thallinger m. p.

Kundmachung. (781. 2-3)

Um dem häufigen Vorkommen gefälschter Legitimationskarten zu begegnen, hat das k. k. Polizeiministerium mit dem h. Erlasse vom 20. Mai 1864...

Die Ausgabe der neuen Legitimationskarten, welche auf einem stärkeren Papiere mit lichtgelbem Grunde gedruckt...

Die Legitimationskarten der älteren Form behalten ihre Gültigkeit bis letzten September 1864. Bis dahin hat jeder Besitzer einer noch gültigen Legitimationskarte diese gegen eine solche Karte neuer Form bei der Behörde...

Da aber denjenigen Personen, welche noch gültige Legitimationskarten besitzen, nicht zugemutet werden kann, den Stempelbetrag innerhalb der ursprünglichen Gültigkeitsdauer jener Karten nochmals zu erlegen...

Vom k. k. Statthalterei-Präsidium. Lemberg, am 25. Juli 1864.

Obwieszzenie.

By zapobiedz czesto zdarzajacemu sie obiegowi falszywych kart legitymacyjnych, postanowilo wysoke ces. krol. Ministerium polycyi reskryptem z d. 20. Maja 1864 r. l. 3349/569...

Wydanie nowych kart legitymacyjnych, które drukowane będą na mocniejszym papierze, z jasno-żółtym tłem, i zawierają będą na drugiej stronie opis osoby, nastąpi niezwłocznie.

Karty legitymacyjne dawniejszej formy będą jeszcze ważne tylko do ostatniego Września 1864 r. Do tego czasu ma każdy posiadacz jeszcze ważnej karty legitymacyjnej zamienić takową w urzędzie...

Z c. k. Prezydium Namiestnictwa. Lwów, dnia 25. Lipca 1864.

Kundmachung. (770. 3)

Wegen Verpachtung der städtischen Propination in Lipnica muirowana für die Zeit vom 1. November 1864 bis Ende Dezember 1867, das ist für die Dauer von 3 Jahren und zwei Monaten wird am 10. August 1864 um 9 Uhr Vormittags in der Lipnicer Kammerei-Kanzlei eine öffentliche Licitationsverhandlung abgehalten werden...

Der Fiscalpreis beträgt 823 fl. ö. W. jährlich, wovon 10 Percent als Badium vor Beginn der Licitation erlegt werden müssen. Die sonstigen Licitations-Bedingnisse werden am Licitationstage bekannt gegeben werden. Was hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht wird. R. k. Kreisbehörde. Krakau, 22. Juli 1864.

Kundmachung. (780. 2-3)

Es wird allgemein verlaunt, daß Josef Werner zum Sequester ernannt wurde, und mit der Eintreibung der Giebigkeiten an den Krakauer israelitischen Gemeinde- und Spitalsfond betraut ist. Seine Amtsthätigkeit beginnt am 1. August 1864.

Vom k. k. Stadt-Magistrate. Krakau, 24. Juli 1864.

Edykt. (751. 3)

Ces. krol. Sad krajowy w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktm p. Feliksa Sobieniowskiego, a w razie jego smierci nieznanych spadkobierców, a w razie tymże p. Antonina z Jezierskich Zagorska wniosła pozew o ekstabulację sumy 2527 złp. 27 1/2 gr. ze stanu biernego kamienicy l. 89 gm. VI, l. 97 dz. VIII. w Krakowie, w załatwieniu tegoż pozwu wyznacza się termin do ustnej rozprawy na dzień 6 Września 1864 o godzinie 10 przed południem.

Gdy miejsce pobytu pozwanego wiadome nie jest, przeto c. k. Sad Krajowy w celu zastępowania pozwanego, jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. p. Dra. Geisslera kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém ces. krol. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Kraków, dnia 11 Lipca 1864.

N. 1056. Edykt. (749. 3) C. k. Urząd powiatowy w Gorlicach jako właściciel sądowa zawiadamia niniejszym Iwana i Semana Szmajdów nieobecnych i z miejsca pobytu niewiadomych, iż Marko Duda wniosł przeciw nim a także przeciw innym pozew do tutejszego Sądu pod dn. 22 Marca b. r. do L. 1056 względem oddania 1/4 roli Dziambowski zwanęj w Gładyszowie pod NC. 6 położonej. Do ustnej rozprawy został termin na dzień 16 Września b. r. o 9 zrana wyznaczonym, i dla obu nieobecnych kurator w osobie Samuela Szmajdy ustanowionym.

Wzywa się zatem Iwana i Semana Szmajdów, aby kuratorowi potrzebna informację udzielili, albo innego obrońcę obrali, i Sad o tém zawiadomili. Gorlice, 30 Kwietnia 1864.

N. 1765. Edict. (769. 3) Vom k. k. Bezirksamte als Gericht Biala wird kundgemacht, daß der, mittelst Edictes vom 12. März 1863, N. 1122 über das Vermögen der Pani Tobias in Lipnik eröffnete Concurs hiemit aufgehoben wird. Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte. Biala, 22. April 1864.

N. 34179. Concurs-Ausschreibung. (768. 3) Zur Befugung einer Lehrerstelle an der Sniatynyer Unterrealschule mit der Gehaltsstufe von 630 fl. ö. W. und mit dem Vorrückungsrechte in die höheren Gehaltsstufen von 840 und 1050 fl. ö. W. nach je 10- und 20-jähriger entsprechender Dienstleistung wird der Concurs bis 15. August d. S. ausgeschrieben. Die Bewerber um diese Lehrerstelle haben die Befähigung zum Unterrichte in der deutschen Sprache, Geographie und Geschichte, Naturgeschichte, dann auch die genaue Kenntniss der beiden Landesprachen nachzuweisen, weil sie jenen Schülern, welche beim Eintritt in die Realschule der deutschen Sprache nicht genug mächtig sind, das Verständniss des Gegenstandes durch Erläuterung in der Muttersprache zu erleichtern verpflichtet sein werden. Ferner hat

ben sie ihre gehörig belegten Gesuche, wenn sie bereits in öffentlichen Diensten stehen, im Wege der vorgelegten Behörden, sonst aber unmittelbar bei der galizischen k. k. Statthalterei einzubringen. Von der k. k. galiz. Statthalterei. Lemberg, 9. Juli 1864.

L. 11968. Edykt. (752. 2-3) C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktm p. Feliksa Lopuszańskiego z życia i miejsca pobytu niewiadomego lub w razie jego śmierci nieznanych z życia i miejsca pobytu spadkobierców tegoż — że przeciw tymże p. Floryan Gorceński łącznie z Karoliną, Heleną, Rozalią, Romanem i Małgorzatą Piechockimi wniosł pozew pod dnem 26 Czerwca 1864 do l. 11968 o wyekstabulowanie ze stanu biernego dóbr Glichów z przyległościami Czermim i Zagórze, i z ceny kupna 2172 części tychże dóbr prawa dzierżawy tych dóbr od 24 Czerwca 1845 do tegoż 1850. Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. p. Dra. Schönborna kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta przeznaczonemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali, i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Kraków, 27 Czerwca 1864.

N. 1514. Edykt. (756. 2-3) Ces. kr. Urząd powiatowy w Starym Sączu jako Sad rezolucyą tutejszą z dnia 18 Kwietnia 1862 do l. 809 w załatwieniu prośby Karoliny Stuberowej w imieniu własnym i w im. nieletniej Filipiny Wagner dnia 2 Kwietnia 1862 l. 809 wniesionej polecił tabuli tutejszej gruntowej, ażeby na podstawie kontraktu między Tomaszem Sowińskim jako sprzedawcą a Konradem Wagnerem, jako kupicielem dnia 10 Lipca 1841 zawartego, kupiciela Konrada Wagnera, a następnie na podstawie testamentu Konrada Wagnera z d. 31 Lipca 1852 i dekretu dziedzictwa po tymże wydanego z dnia 27 Listopada 1852 l. 1193 Karolinę z Wagnerów Sztuberową i Filipinę Wagner za właścicieli gruntu 4wierci pola pod N. top. 381 w Starym Sączu położonego w stanie czynnym zaintabulowała. Gdy spadkobiercy Tomazsa Sowińskiego nie są wiadome, przeto Sad tutejszy pana Józefa Midowicza kuratorem dla nich ustanowił i temuż powołyż powołaną rezolucyę tabularną doręczył. O czym się tych spadkobierców niniejszym edyktem w tym celu zawiadamia, ażeby kroki potrzebne do zabezpieczenia swoich praw przedsięwzięli, inaczej wynikłe ze zaniebdania potrzebnych kroków skutki sami sobie przypisaćby musieli. Stary Sącz, dnia 15 Czerwca 1864.

N. 11968. Edykt. (752. 2-3) C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktm p. Feliksa Lopuszańskiego z życia i miejsca pobytu niewiadomego lub w razie jego śmierci nieznanych z życia i miejsca pobytu spadkobierców tegoż — że przeciw tymże p. Floryan Gorceński łącznie z Karoliną, Heleną, Rozalią, Romanem i Małgorzatą Piechockimi wniosł pozew pod dnem 26 Czerwca 1864 do l. 11968 o wyekstabulowanie ze stanu biernego dóbr Glichów z przyległościami Czermim i Zagórze, i z ceny kupna 2172 części tychże dóbr prawa dzierżawy tych dóbr od 24 Czerwca 1845 do tegoż 1850. Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. p. Dra. Schönborna kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta przeznaczonemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali, i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Kraków, 27 Czerwca 1864.

N. 1514. Edykt. (756. 2-3) Ces. kr. Urząd powiatowy w Starym Sączu jako Sad rezolucyą tutejszą z dnia 18 Kwietnia 1862 do l. 809 w załatwieniu prośby Karoliny Stuberowej w imieniu własnym i w im. nieletniej Filipiny Wagner dnia 2 Kwietnia 1862 l. 809 wniesionej polecił tabuli tutejszej gruntowej, ażeby na podstawie kontraktu między Tomaszem Sowińskim jako sprzedawcą a Konradem Wagnerem, jako kupicielem dnia 10 Lipca 1841 zawartego, kupiciela Konrada Wagnera, a następnie na podstawie testamentu Konrada Wagnera z d. 31 Lipca 1852 i dekretu dziedzictwa po tymże wydanego z dnia 27 Listopada 1852 l. 1193 Karolinę z Wagnerów Sztuberową i Filipinę Wagner za właścicieli gruntu 4wierci pola pod N. top. 381 w Starym Sączu położonego w stanie czynnym zaintabulowała. Gdy spadkobiercy Tomazsa Sowińskiego nie są wiadome, przeto Sad tutejszy pana Józefa Midowicza kuratorem dla nich ustanowił i temuż powołyż powołaną rezolucyę tabularną doręczył. O czym się tych spadkobierców niniejszym edyktem w tym celu zawiadamia, ażeby kroki potrzebne do zabezpieczenia swoich praw przedsięwzięli, inaczej wynikłe ze zaniebdania potrzebnych kroków skutki sami sobie przypisaćby musieli. Stary Sącz, dnia 15 Czerwca 1864.

N. 11968. Edykt. (752. 2-3) C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktm p. Feliksa Lopuszańskiego z życia i miejsca pobytu niewiadomego lub w razie jego śmierci nieznanych z życia i miejsca pobytu spadkobierców tegoż — że przeciw tymże p. Floryan Gorceński łącznie z Karoliną, Heleną, Rozalią, Romanem i Małgorzatą Piechockimi wniosł pozew pod dnem 26 Czerwca 1864 do l. 11968 o wyekstabulowanie ze stanu biernego dóbr Glichów z przyległościami Czermim i Zagórze, i z ceny kupna 2172 części tychże dóbr prawa dzierżawy tych dóbr od 24 Czerwca 1845 do tegoż 1850. Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. p. Dra. Schönborna kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta przeznaczonemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali, i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Kraków, 27 Czerwca 1864.

N. 1514. Edykt. (756. 2-3) Ces. kr. Urząd powiatowy w Starym Sączu jako Sad rezolucyą tutejszą z dnia 18 Kwietnia 1862 do l. 809 w załatwieniu prośby Karoliny Stuberowej w imieniu własnym i w im. nieletniej Filipiny Wagner dnia 2 Kwietnia 1862 l. 809 wniesionej polecił tabuli tutejszej gruntowej, ażeby na podstawie kontraktu między Tomaszem Sowińskim jako sprzedawcą a Konradem Wagnerem, jako kupicielem dnia 10 Lipca 1841 zawartego, kupiciela Konrada Wagnera, a następnie na podstawie testamentu Konrada Wagnera z d. 31 Lipca 1852 i dekretu dziedzictwa po tymże wydanego z dnia 27 Listopada 1852 l. 1193 Karolinę z Wagnerów Sztuberową i Filipinę Wagner za właścicieli gruntu 4wierci pola pod N. top. 381 w Starym Sączu położonego w stanie czynnym zaintabulowała. Gdy spadkobiercy Tomazsa Sowińskiego nie są wiadome, przeto Sad tutejszy pana Józefa Midowicza kuratorem dla nich ustanowił i temuż powołyż powołaną rezolucyę tabularną doręczył. O czym się tych spadkobierców niniejszym edyktem w tym celu zawiadamia, ażeby kroki potrzebne do zabezpieczenia swoich praw przedsięwzięli, inaczej wynikłe ze zaniebdania potrzebnych kroków skutki sami sobie przypisaćby musieli. Stary Sącz, dnia 15 Czerwca 1864.

N. 11968. Edykt. (752. 2-3) C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktm p. Feliksa Lopuszańskiego z życia i miejsca pobytu niewiadomego lub w razie jego śmierci nieznanych z życia i miejsca pobytu spadkobierców tegoż — że przeciw tymże p. Floryan Gorceński łącznie z Karoliną, Heleną, Rozalią, Romanem i Małgorzatą Piechockimi wniosł pozew pod dnem 26 Czerwca 1864 do l. 11968 o wyekstabulowanie ze stanu biernego dóbr Glichów z przyległościami Czermim i Zagórze, i z ceny kupna 2172 części tychże dóbr prawa dzierżawy tych dóbr od 24 Czerwca 1845 do tegoż 1850. Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. p. Dra. Schönborna kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta przeznaczonemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali, i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Kraków, 27 Czerwca 1864.

N. 1514. Edykt. (756. 2-3) Ces. kr. Urząd powiatowy w Starym Sączu jako Sad rezolucyą tutejszą z dnia 18 Kwietnia 1862 do l. 809 w załatwieniu prośby Karoliny Stuberowej w imieniu własnym i w im. nieletniej Filipiny Wagner dnia 2 Kwietnia 1862 l. 809 wniesionej polecił tabuli tutejszej gruntowej, ażeby na podstawie kontraktu między Tomaszem Sowińskim jako sprzedawcą a Konradem Wagnerem, jako kupicielem dnia 10 Lipca 1841 zawartego, kupiciela Konrada Wagnera, a następnie na podstawie testamentu Konrada Wagnera z d. 31 Lipca 1852 i dekretu dziedzictwa po tymże wydanego z dnia 27 Listopada 1852 l. 1193 Karolinę z Wagnerów Sztuberową i Filipinę Wagner za właścicieli gruntu 4wierci pola pod N. top. 381 w Starym Sączu położonego w stanie czynnym zaintabulowała. Gdy spadkobiercy Tomazsa Sowińskiego nie są wiadome, przeto Sad tutejszy pana Józefa Midowicza kuratorem dla nich ustanowił i temuż powołyż powołaną rezolucyę tabularną doręczył. O czym się tych spadkobierców niniejszym edyktem w tym celu zawiadamia, ażeby kroki potrzebne do zabezpieczenia swoich praw przedsięwzięli, inaczej wynikłe ze zaniebdania potrzebnych kroków skutki sami sobie przypisaćby musieli. Stary Sącz, dnia 15 Czerwca 1864.

N. 11968. Edykt. (752. 2-3) C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktm p. Feliksa Lopuszańskiego z życia i miejsca pobytu niewiadomego lub w razie jego śmierci nieznanych z życia i miejsca pobytu spadkobierców tegoż — że przeciw tymże p. Floryan Gorceński łącznie z Karoliną, Heleną, Rozalią, Romanem i Małgorzatą Piechockimi wniosł pozew pod dnem 26 Czerwca 1864 do l. 11968 o wyekstabulowanie ze stanu biernego dóbr Glichów z przyległościami Czermim i Zagórze, i z ceny kupna 2172 części tychże dóbr prawa dzierżawy tych dóbr od 24 Czerwca 1845 do tegoż 1850. Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. p. Dra. Schönborna kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta przeznaczonemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali, i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Kraków, 27 Czerwca 1864.

N. 1514. Edykt. (756. 2-3) Ces. kr. Urząd powiatowy w Starym Sączu jako Sad rezolucyą tutejszą z dnia 18 Kwietnia 1862 do l. 809 w załatwieniu prośby Karoliny Stuberowej w imieniu własnym i w im. nieletniej Filipiny Wagner dnia 2 Kwietnia 1862 l. 809 wniesionej polecił tabuli tutejszej gruntowej, ażeby na podstawie kontraktu między Tomaszem Sowińskim jako sprzedawcą a Konradem Wagnerem, jako kupicielem dnia 10 Lipca 1841 zawartego, kupiciela Konrada Wagnera, a następnie na podstawie testamentu Konrada Wagnera z d. 31 Lipca 1852 i dekretu dziedzictwa po tymże wydanego z dnia 27 Listopada 1852 l. 1193 Karolinę z Wagnerów Sztuberową i Filipinę Wagner za właścicieli gruntu 4wierci pola pod N. top. 381 w Starym Sączu położonego w stanie czynnym zaintabulowała. Gdy spadkobiercy Tomazsa Sowińskiego nie są wiadome, przeto Sad tutejszy pana Józefa Midowicza kuratorem dla nich ustanowił i temuż powołyż powołaną rezolucyę tabularną doręczył. O czym się tych spadkobierców niniejszym edyktem w tym celu zawiadamia, ażeby kroki potrzebne do zabezpieczenia swoich praw przedsięwzięli, inaczej wynikłe ze zaniebdania potrzebnych kroków skutki sami sobie przypisaćby musieli. Stary Sącz, dnia 15 Czerwca 1864.

N. 11968. Edykt. (752. 2-3) C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktm p. Feliksa Lopuszańskiego z życia i miejsca pobytu niewiadomego lub w razie jego śmierci nieznanych z życia i miejsca pobytu spadkobierców tegoż — że przeciw tymże p. Floryan Gorceński łącznie z Karoliną, Heleną, Rozalią, Romanem i Małgorzatą Piechockimi wniosł pozew pod dnem 26 Czerwca 1864 do l. 11968 o wyekstabulowanie ze stanu biernego dóbr Glichów z przyległościami Czermim i Zagórze, i z ceny kupna 2172 części tychże dóbr prawa dzierżawy tych dóbr od 24 Czerwca 1845 do tegoż 1850. Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. p. Dra. Schönborna kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta przeznaczonemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali, i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Kraków, 27 Czerwca 1864.

N. 1514. Edykt. (756. 2-3) Ces. kr. Urząd powiatowy w Starym Sączu jako Sad rezolucyą tutejszą z dnia 18 Kwietnia 1862 do l. 809 w załatwieniu prośby Karoliny Stuberowej w imieniu własnym i w im. nieletniej Filipiny Wagner dnia 2 Kwietnia 1862 l. 809 wniesionej polecił tabuli tutejszej gruntowej, ażeby na podstawie kontraktu między Tomaszem Sowińskim jako sprzedawcą a Konradem Wagnerem, jako kupicielem dnia 10 Lipca 1841 zawartego, kupiciela Konrada Wagnera, a następnie na podstawie testamentu Konrada Wagnera z d. 31 Lipca 1852 i dekretu dziedzictwa po tymże wydanego z dnia 27 Listopada 1852 l. 1193 Karolinę z Wagnerów Sztuberową i Filipinę Wagner za właścicieli gruntu 4wierci pola pod N. top. 381 w Starym Sączu położonego w stanie czynnym zaintabulowała. Gdy spadkobiercy Tomazsa Sowińskiego nie są wiadome, przeto Sad tutejszy pana Józefa Midowicza kuratorem dla nich ustanowił i temuż powołyż powołaną rezolucyę tabularną doręczył. O czym się tych spadkobierców niniejszym edyktem w tym celu zawiadamia, ażeby kroki potrzebne do zabezpieczenia swoich praw przedsięwzięli, inaczej wynikłe ze zaniebdania potrzebnych kroków skutki sami sobie przypisaćby musieli. Stary Sącz, dnia 15 Czerwca 1864.

N. 11968. Edykt. (752. 2-3) C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktm p. Feliksa Lopuszańskiego z życia i miejsca pobytu niewiadomego lub w razie jego śmierci nieznanych z życia i miejsca pobytu spadkobierców tegoż — że przeciw tymże p. Floryan Gorceński łącznie z Karoliną, Heleną, Rozalią, Romanem i Małgorzatą Piechockimi wniosł pozew pod dnem 26 Czerwca 1864 do l. 11968 o wyekstabulowanie ze stanu biernego dóbr Glichów z przyległościami Czermim i Zagórze, i z ceny kupna 2172 części tychże dóbr prawa dzierżawy tych dóbr od 24 Czerwca 1845 do tegoż 1850. Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. p. Dra. Schönborna kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta przeznaczonemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali, i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Kraków, 27 Czerwca 1864.

N. 1514. Edykt. (756. 2-3) Ces. kr. Urząd powiatowy w Starym Sączu jako Sad rezolucyą tutejszą z dnia 18 Kwietnia 1862 do l. 809 w załatwieniu prośby Karoliny Stuberowej w imieniu własnym i w im. nieletniej Filipiny Wagner dnia 2 Kwietnia 1862 l. 809 wniesionej polecił tabuli tutejszej gruntowej, ażeby na podstawie kontraktu między Tomaszem Sowińskim jako sprzedawcą a Konradem Wagnerem, jako kupicielem dnia 10 Lipca 1841 zawartego, kupiciela Konrada Wagnera, a następnie na podstawie testamentu Konrada Wagnera z d. 31 Lipca 1852 i dekretu dziedzictwa po tymże wydanego z dnia 27 Listopada 1852 l. 1193 Karolinę z Wagnerów Sztuberową i Filipinę Wagner za właścicieli gruntu 4wierci pola pod N. top. 381 w Starym Sączu położonego w stanie czynnym zaintabulowała. Gdy spadkobiercy Tomazsa Sowińskiego nie są wiadome, przeto Sad tutejszy pana Józefa Midowicza kuratorem dla nich ustanowił i temuż powołyż powołaną rezolucyę tabularną doręczył. O czym się tych spadkobierców niniejszym edyktem w tym celu zawiadamia, ażeby kroki potrzebne do zabezpieczenia swoich praw przedsięwzięli, inaczej wynikłe ze zaniebdania potrzebnych kroków skutki sami sobie przypisaćby musieli. Stary Sącz, dnia 15 Czerwca 1864.

N. 11968. Edykt. (752. 2-3) C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktm p. Feliksa Lopuszańskiego z życia i miejsca pobytu niewiadomego lub w razie jego śmierci nieznanych z życia i miejsca pobytu spadkobierców tegoż — że przeciw tymże p. Floryan Gorceński łącznie z Karoliną, Heleną, Rozalią, Romanem i Małgorzatą Piechockimi wniosł pozew pod dnem 26 Czerwca 1864 do l. 11968 o wyekstabulowanie ze stanu biernego dóbr Glichów z przyległościami Czermim i Zagórze, i z ceny kupna 2172 części tychże dóbr prawa dzierżawy tych dóbr od 24 Czerwca 1845 do tegoż 1850. Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. p. Dra. Schönborna kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta przeznaczonemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali, i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Kraków, 27 Czerwca 1864.

N. 1514. Edykt. (756. 2-3) Ces. kr. Urząd powiatowy w Starym Sączu jako Sad rezolucyą tutejszą z dnia 18 Kwietnia 1862 do l. 809 w załatwieniu prośby Karoliny Stuberowej w imieniu własnym i w im. nieletniej Filipiny Wagner dnia 2 Kwietnia 1862 l. 809 wniesionej polecił tabuli tutejszej gruntowej, ażeby na podstawie kontraktu między Tomaszem Sowińskim jako sprzedawcą a Konradem Wagnerem, jako kupicielem dnia 10 Lipca 1841 zawartego, kupiciela Konrada Wagnera, a następnie na podstawie testamentu Konrada Wagnera z d. 31 Lipca 1852 i dekretu dziedzictwa po tymże wydanego z dnia 27 Listopada 1852 l. 1193 Karolinę z Wagnerów Sztuberową i Filipinę Wagner za właścicieli gruntu 4wierci pola pod N. top. 381 w Starym Sączu położonego w stanie czynnym zaintabulowała. Gdy spadkobiercy Tomazsa Sowińskiego nie są wiadome, przeto Sad tutejszy pana Józefa Midowicza kuratorem dla nich ustanowił i temuż powołyż powołaną rezolucyę tabularną doręczył. O czym się tych spadkobierców niniejszym edyktem w tym celu zawiadamia, ażeby kroki potrzebne do zabezpieczenia swoich praw przedsięwzięli, inaczej wynikłe ze zaniebdania potrzebnych kroków skutki sami sobie przypisaćby musieli. Stary Sącz, dnia 15 Czerwca 1864.

N. 11968. Edykt. (752. 2-3) C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktm p. Feliksa Lopuszańskiego z życia i miejsca pobytu niewiadomego lub w razie jego śmierci nieznanych z życia i miejsca pobytu spadkobierców tegoż — że przeciw tymże p. Floryan Gorceński łącznie z Karoliną, Heleną, Rozalią, Romanem i Małgorzatą Piechockimi wniosł pozew pod dnem 26 Czerwca 1864 do l. 11968 o wyekstabulowanie ze stanu biernego dóbr Glichów z przyległościami Czermim i Zagórze, i z ceny kupna 2172 części tychże dóbr prawa dzierżawy tych dóbr od 24 Czerwca 1845 do tegoż 1850. Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. p. Dra. Schönborna kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta przeznaczonemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali, i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Kraków, 27 Czerwca 1864.

N. 1514. Edykt. (756. 2-3) Ces. kr. Urząd powiatowy w Starym Sączu jako Sad rezolucyą tutejszą z dnia 18 Kwietnia 1862 do l. 809 w załatwieniu prośby Karoliny Stuberowej w imieniu własnym i w im. nieletniej Filipiny Wagner dnia 2 Kwietnia 1862 l. 809 wniesionej polecił tabuli tutejszej gruntowej, ażeby na podstawie kontraktu między Tomaszem Sowińskim jako sprzedawcą a Konradem Wagnerem, jako kupicielem dnia 10 Lipca 1841 zawartego, kupiciela Konrada Wagnera, a następnie na podstawie testamentu Konrada Wagnera z d. 31 Lipca 1852 i dekretu dziedzictwa po tymże wydanego z dnia 27 Listopada 1852 l. 1193 Karolinę z Wagnerów Sztuberową i Filipinę Wagner za właścicieli gruntu 4wierci pola pod N. top. 381 w Starym Sączu położonego w stanie czynnym zaintabulowała. Gdy spadkobiercy Tomazsa Sowińskiego nie są wiadome, przeto Sad tutejszy pana Józefa Midowicza kuratorem dla nich ustanowił i temuż powołyż powołaną rezolucyę tabularną doręczył. O czym się tych spadkobierców niniejszym edyktem w tym celu zawiadamia, ażeby kroki potrzebne do zabezpieczenia swoich praw przedsięwzięli, inaczej wynikłe ze zaniebdania potrzebnych kroków skutki sami sobie przypisaćby musieli. Stary Sącz, dnia 15 Czerwca 1864.

N. 11968. Edykt. (752. 2-3) C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktm p. Feliksa Lopuszańskiego z życia i miejsca pobytu niewiadomego lub w razie jego śmierci nieznanych z życia i miejsca pobytu spadkobierców tegoż — że przeciw tymże p. Floryan Gorceński łącznie z Karoliną, Heleną, Rozalią, Romanem i Małgorzatą Piechockimi wniosł pozew pod dnem 26 Czerwca 1864 do l. 11968 o wyekstabulowanie ze stanu biernego dóbr Glichów z przyległościami Czermim i Zagórze, i z ceny kupna 2172 części tychże dóbr prawa dzierżawy tych dóbr od 24 Czerwca 1845 do tegoż 1850. Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. p. Dra. Schönborna kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta przeznaczonemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali, i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli. Kraków, 27 Czerwca 1864.

N. 1514. Edykt. (756. 2-3) Ces. kr. Urząd powiatowy w Starym Sączu jako Sad rezolucyą tutejszą z dnia 18 Kwietnia 1862 do